

A1: Mehr Unfälle wegen zu hohen Tempos ^{04 10.10. 2014}

Die Polizei gibt Zahlen zu dem Streckenabschnitt heraus. WNKUWG kritisiert die Bezirksregierung.

VON CHRISTIAN BUHL
UND SEBASTIAN RADERMACHER

WERMELSKIRCHEN/BURSCHEID Ist das geplante Tempolimit auf der A1 in Richtung Leverkusen berechtigt oder nicht? Viele Leser sind der Meinung, dass dort eine Begrenzung der Geschwindigkeit keinen Sinn macht (BM berichtete). Auf Anfrage der BM hat die Polizei Köln Unfallstatistiken zu dem Streckenabschnitt herausgegeben. Sie zeigen: Die Zahl der Unfälle steigt. Viele passieren, weil situationsbedingt zu schnell gefahren wurde.

Die Zahlen beziehen sich auf die vergangenen zwei Jahre. Demnach kam es in der Zeit vom 1. September 2012 bis 30. September 2014 zwischen der Auffahrt Burscheid und dem Kreuz Leverkusen in Fahrtrichtung Köln zu 69 Unfällen mit Personenschaden. Ein Unfall endete tödlich, bei elf wurden Personen schwer verletzt, bei 56 Unfälle gab es leicht verletzte Personen.

Die Zahlen geben auch Aufschluss darüber, wie viele Unfälle sich aufgrund von überhöhter Ge-



2012: Unfall mit sieben Verletzten auf der A1 Richtung Leverkusen. BM-FOTO: MISERIUS

schwindigkeit ereignet haben: „Bei 51 der 69 Verkehrsunfälle mit Personenschaden war die Ursache Geschwindigkeit oder ein zu geringer Sicherheitsabstand“, teilt die Polizei mit. Eine Person starb, sieben wurden schwer und 43 leicht verletzt. Für 2014 sei eine Steigerung der Unfallzahlen erkennbar.

Auf unserer Internet-Plattform rp-online.de streiten sich Befürworter und Kritiker der Geschwindigkeitsdrosselung. Die Meinung der Schnelfahrer ist eindeutig: Sie wol-

len sich die Geschwindigkeit nicht vorschreiben lassen. So argumentiert ein Nutzer: „Der Fahrzeugführer ist – analog zu einem Kapitän und Piloten – dafür verantwortlich, die korrekte Geschwindigkeit zu wählen und nicht der Staat.“ Ein anderer schreibt: „Ich kann nach Verkehrslage selbst entscheiden, wie schnell ich fahren kann.“ Wer kann, der soll schnell fahren – so die verbreitete Meinung der Tempofraktion. Das stößt bei vielen anderen Lesern auf Unverständnis: „Es gibt

jede Menge Gräber, wo Menschen begraben liegen, die genau so gedacht haben wie Sie!“, kritisiert ein Leser. Eine andere Reaktion: „Das Problem ist nicht, ob Sie konzentriert sind, sondern wie unkonzentriert die anderen fahren.“

Henning Rehse, Fraktionsvorsitzender der WNKUWG, kritisiert die Pläne der Bezirksregierung scharf. „Dummerweise gilt in dem Bereich ab Burscheid meistens weniger als zehn Stundenkilometer, weil Tausende Autofahrer jeden Tag kilometerlang im Stau vor der Rheinbrücke stehen“, sagt er. „Und jetzt noch ein Tempolimit für die Zeiten, wenn es mal keinen Stau gibt?“ Es sei ein Tempolimit „wegen einer Hand voll schwerer Unfälle in Jahrzehnten, wie sie überall vorkommen“. Laut Rehse hätte man sich frühzeitig um den Zustand der Infrastruktur und die Verkehrssicherheit, unter anderem von Brücken und Tunnel im Großraum Köln, kümmern müssen. „Dann wäre es NRW wahrscheinlich erspart geblieben, verkehrstechnisch unter den Stand eines Drittweltlandes zu sinken.“

Ratsherr will Umfrage zum Verkehr

KONZEPT Autofahrer
und Fußgänger
sollen mitreden.

Das Verkehrskonzept der Stadt läuft nicht rund. Das haben Bürgermeister Eric Weik und der Technische Beigeordnete Dr. André-Benedict Prusa jüngst anerkennen müssen. An manchen Stellen muss nachgebessert werden.

Henning Rehse, Fraktionsvorsitzender der WNKUWG, regt daher an, für Fußgänger als auch für Autofahrer einen Fragebogen anzubieten – genau so, wie es der Allgemeine Deutsche Fahrradclub nun mit einer Umfrage für Radfahrer getan hat.

An der Erarbeitung der Fragebögen für Fußgänger und Autofahrer sollten sich laut Rehse Mitarbeiter der Verwaltung, WiW sowie die verkehrspolitischen Sprecher der Fraktionen beteiligen. „Ich halte es für sinnvoll, dem Beispiel der Radfahrer folgend auch von den übrigen Verkehrsteilnehmern in Wermelskirchen ein Feedback zur Verkehrssituation in unserer Stadt zu bekommen. Nur Schlussfolgerungen aufgrund Rückmeldungen einer Gruppe von Verkehrsteilnehmern zu ziehen, kann sicherlich nicht zielführend sein“, erklärt das Ratsmitglied.

Möglichst viele Bürger sollten sich zudem an der Umfrage zum Radverkehr in Wermelskirchen beteiligen, sagt Rehse.



www.fahrradklima-test.de.



Henning Rehse, Fraktionschef der WNKUWG. Foto: H. D. Schmitz

WNK-UWG-FRAKTION

WEA 13.10.2014

Plakate: Regel soll her

Die WNK-UWG-Fraktion regt an, ein Regelwerk für Werbeplakate einzuführen. Fraktionsvorsitzender Henning Rehse liefert „für diese Art der Stadtbild-Behebungsung“ auch gleich ein neues Beispiel, das an der Einmündung Bähringhausen in Tente zu finden ist. Bis zur nächsten Ratsitzung im Dezember soll die Stadt laut Rehse das Ganze „im Zuge des Themas Stadtbilderhalt und -gestaltung durch ein belastbares Regelwerk in geordnete Bahnen lenken.“ red/ Foto: privat



WiW will Umfrage etwas tiefer hängen

Dankmar Stolz, Vorsitzender von Wir in Wermelskirchen (WiW) Marketing, erklärt in einem offenen Brief an Henning Rehse (WNK) die grundsätzliche Bereitschaft zu Gesprächen und Überlegungen, „sofern es auch um die Interessen unserer Mitglieder geht“.



Das habe nichts mit der Größe des E-Mail-Verteilers zu tun, geht er darauf ein, dass Rehse die Anregung einer Umfrage unter Autofahrern und Fußgängern auch an die WiW geschickt hatte. Für Stolz (Foto: Roland Keusch) stellt sich aber die Frage, ob es erforderlich ist, einen Fragebogen in einem hochbesetzten Gremium zu erstellen: „Wie sollen wir die zahlreichen und sehr beschäftigten Menschen denn an einen Tisch bekommen?“ Er sehe die Zusammenstellung des Fragebogens „nicht als die derzeit größte Herausforderung der Stadt Wermelskirchen“ an und halte daher den Aufwand für eher unverhältnismäßig. s.n. WEA 14.10.

„Wie sollen wir die zahlreichen und sehr beschäftigten Menschen denn an einen Tisch bekommen?“ Er sehe die Zusammenstellung des Fragebogens „nicht als die derzeit größte Herausforderung der Stadt Wermelskirchen“ an und halte daher den Aufwand für eher unverhältnismäßig. s.n. WEA 14.10.

Werbetafel per Gericht durchgesetzt BH 15.10.14

Die Angst, dass die Stadt von großflächigen Werbetafeln zugepflastert wird, ist nicht unbegründet. In drei Fällen unterlag die Stadt jetzt vor dem Verwaltungsgericht. Die gewünschte Gestaltungssatzung umzusetzen, ist sehr aufwendig.

VON UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN In Wermelskirchen „schießen“ Werbetafeln aus dem Boden. Auch an Stellen, die aus „Normalbürger-Sicht“ eigentlich dafür tabu sein sollten. Weil sie Sicht und Stadtbild verschandeln. Doch Eigentümer und Gerichte sehen dies anders. So auch an der Hilfringhauser Straße/Ecke Wielstraße. Die dortige Werbetafel ist legitimiert – durchs Verwaltungsgericht Köln. „Wir haben inzwischen drei solcher Fälle im Stadtgebiet, wo wir als Stadtverwaltung eine Baugenehmigung versagt haben, das Verwaltungsgericht die Zulässigkeit aber in einem Urteil bestätigt hat“, erklärt der Technische Beigeordnete Dr. André Benedict Prusa auf Anfrage.

Das Urteil ist bereits drei Monate alt; mit neuen Gerichtsverfahren muss die Stadtverwaltung jederzeit rechnen. Im Schulterchluss mit der Polizei hatte die Stadt eine Baugenehmigung der Werbetafel an der Hilfringhauser Straße, die auf Privatgrund steht, versagt. Das Gericht sah dies aber anders und befürchtete eine Einschränkung der persönlichen Rechte des Bauherrn. Am Rande, sagte Prusa, hätte der Richter erklärt, dass Städte keine Möglichkeit hätten, gegen eine solche Verunstaltung des Stadtbildes einzuschreiten. „Wir müssen damit rechnen, dass noch mehr Werbetafeln aufgestellt werden, die das Stadtbild verschandeln“, sagt Prusa.

Dagegen wehrt sich die WNKUWG öffentlich und hat zum zweiten Mal bei Prusa diese Art von „Stadtbildbehübschung“ kritisiert.

Henning Rehse fordert ihn auf, bis zur Ratssitzung im Dezember diese Verschandelung im Zuge der „Stadtbilderhaltung und -gestaltung“ durch ein belastbares Regelwerk in geordnete Bahnen zu lenken.

Wie kann aber dagegen vorgegangen werden? Grundsätzlich, so Prusa, müssten alle Werbetafeln baurechtlich beantragt werden. „Inzwischen ist aber selbst der Paragraph 34 für den Innenbereich so weit, dass so viel wie möglich zugelassen wird“, erklärt Prusa: „Wir haben zurzeit kein Instrument, um Werbetafeln zu verhindern.“ Nach seiner Darstellung gibt es rund 50 alte Werbesünden, gegen die man nichts machen könne.

Was aber ist mit einer Gestaltungssatzung? Die wird fraktionsübergreifend gefordert – ist aber nicht ohne Probleme anwendbar, meint Prusa. Denn es gelte die Bauwie Werbefreiheit. „Da geht’s dann um die Frage des Eigentumsrechtes.“ Eine Gestaltungssatzung könnte auch nicht das ganze Stadtgebiet umfassen. „In einer Satzung können nur Zonen definiert werden – beispielsweise öffentliche Plätze oder Denkmäler.“ Und dann müssen sehr detailliert die Vorgaben festgelegt werden. „Gibt es dann Eigentumsbeschränkungen, müssen auch Ausgleichsmechanismen dargestellt werden“, sagt Prusa.

Mit einer Gestaltungssatzung komme viel Arbeit auf die Stadt zu. „Jeder Platz, jeder Straßenzug muss genau wie in einem Bebauungsplan beschrieben und als Satzung gefasst werden.“ Dargelegt werden müsse, was schützenswert sei und wie der

Das Aufstellen dieser Werbetafel an der Hilfringhauser Straße ist vor dem Verwaltungsgericht durchgesetzt worden.

BM-FOTO: TEIFEL



Bereich weiterentwickelt werden solle. „So eine Satzung wird ein richtig intensives Werk“, meint Prusa. Fünf bis zehn solcher Zonen könnte er sich perspektivisch für das Stadtgebiet vorstellen; ein bis zwei solcher Zonen als Satzung im Jahr fertigstellen. Alte Sünden könne man damit nicht reparieren.

Klar sei auch: Wenn’s die Satzung gebe, müsse Personal zur Kontrolle eingestellt werden, schrieb er den Politikern ins Stammbuch. „Jede Satzung müsste auf Baukonformität überprüft werden“, sagt Prusa. Als Beispiel führt er die Stadt Lüdenscheid an: Für jeweils drei bis vier Gestaltungssatzungszonen gebe es eine Vollzeitstelle. „Ohne zusätzliches Personal ist also eine Gestaltungssatzung ein totes Pferd.“

KOMMENTAR

Stadt vor der Verschandelung schützen

Nach Jahrzehnten ist sich eine Ratsmehrheit endlich einig: Eine Gestaltungssatzung soll kommen. Immer mal wieder gefordert, dann von Mehrheiten abgelehnt. Jetzt scheint es was zu werden. Und das ist sinnvoll. Denn die Sünden in dieser Stadt werden mehr – und nichts kann man bisher dagegen machen. Dabei geht’s weniger um Baustile, eher um Werbesünden. Mit einer Gestaltungssatzung werden die Probleme sicher nicht weniger. Der Stadtrat wird in aufwendigeren Verfahren für jeden Straßenzug oder Platz in dieser

Stadt eine Satzung erarbeiten und verabschieden müssen. Das kostet Zeit und Geld – und Personal. Und sicher so manches weitere Verfahren wird vor dem Verwaltungsgericht landen. Denn je nach Ausgestaltung einer strengen Satzung werden Eigentümer nicht alles mitmachen. Auch das sollten Politiker nicht aus den Augen verlieren, wenn sie den Schritt zur Gestaltungssatzung machen wollen.

Aber dem muss sich die Stadt stellen. Sonst wird auch die Innenstadt bald nicht nur mit Werbetafeln zugepflastert. (tei.)

Verkehrssituation auf dem Prüfstand BM 21.10.2014

Der Verkehr fließt nicht optimal durch die Innenstadt, die Stadt möchte an manchen Stellen nachbessern. Die WNKUWG schlägt vor, Meinungen von Autofahrern und Fußgängern dabei einzubeziehen - so wie es beim Radverkehr der Fall ist.

VON SEBASTIAN RADERMACHER

WERMELSKIRCHEN Der ADFC hat vor kurzem eine Umfrageaktion gestartet, um herauszufinden, in welchen Bereichen der Radverkehr in Wermelskirchen gut funktioniert und wo es noch Schwachstellen gibt, die verbessert werden müssen (BM berichtete). Henning Rehse, Fraktionsvorsitzender der WNKUWG, greift diesen „Fahrradklima-Test“ auf und schlägt vor, eine solche Umfrageaktion auch für Autofahrer und Fußgänger in die Wege zu leiten. „Verkehr, dessen Gestaltung, Lenkung und Optimierung ist aus meiner Sicht eines der Top-Themen in unserer Stadt und eine ganz besondere Herausforderung“, sagt der Kommunalpolitiker.

Dass der Verkehr nicht optimal durch die Innenstadt fließt, haben nicht nur die Wermelskirchener,

„Verkehr ist eines der Top-Themen in unserer Stadt und eine besondere Herausforderung“

Henning Rehse
WNKUWG

sondern auch Bürgermeister Eric Weik und der Technische Beigeordnete Dr. André Benedict Prusa erkannt. Sie kündigten in der BM bereits an, an einigen Stellen nachzubessern, um den Verkehrsfluss – vor allem im Bereich rund um die Telegrafienstraße – zu optimieren. Weik hatte im Sommer bereits angedeutet, dass die Verwaltung bis Ende des Jahres einen neuen Vorschlag zur Verkehrssituation vorlegen möchte, mit dem sich die Politik dann auseinandersetzen müsse.



Zu viele Autofahrer nutzen nach Ansicht der Stadtverwaltung den Weg über die Telegrafienstraße – und zu wenig Verkehrsteilnehmer fahren außen herum über den Brückenweg.

BM-FOTO: UDO TEIFEL (ARCHIV)

Diskutiert wurde zuletzt zum Beispiel auch über die Schaffung neuer Parkplätze, oder über eine geänderte Anordnung der Parkplätze an der Telegrafienstraße.

Henning Rehse setzt sich dafür ein, bei den Planungen alle Verkehrsteilnehmer einzubeziehen. Er regt an, – so wie es beim Radverkehr zurzeit der Fall ist – einen Fragebogen zu erarbeiten, in dem die Wermelskirchener Bürger der Stadt Rückmeldungen geben können. An der Erarbeitung des Fragebogens

sollten sich Mitarbeiter der Stadtverwaltung sowie Vertreter des Stadtmarketingvereins „WiW“ und der einzelnen Ratsfraktionen beteiligen. „Ich halte es für sinnvoll, dem Beispiel der Radfahrer folgend auch von Autofahrern und Fußgängern eine Rückmeldung zur Verkehrssituation in Wermelskirchen zu bekommen“, meint Rehse.

Für den „WiW“-Vorsitzenden Dankmar Stolz stellt sich nach Rehse Vorschlag die Frage, ob es erforderlich ist, einen solchen Fragebo-

gen in einem „derart hochbesetzten Gremium“ zu erstellen. „Wie sollen wir die zahlreichen und sehr beschäftigten Personen an einen Tisch bekommen mit dem Ziel, einen Fragenkatalog zu erstellen?“ Er sehe dies nicht als die derzeit größte Herausforderung der Stadt. „Ich halte den Aufwand für eher unverhältnismäßig“, sagt Stolz.

Er schlägt vor, dass die WNKUWG einen Vorentwurf erstellt, der nach Verteilung bei Bedarf noch ergänzt werden könne. Das lehnt Rehse al-

HEISSER DRAHT



Sebastian Radermacher.

Wie ist Ihre Meinung zur Verkehrssituation?

Verkehrslage Was sind die größten Verkehrsprobleme in Wermelskirchen? Wie könnte der Verkehrsfluss verbessert werden? Wann ist es besonders problematisch?

Aufruf Ihre Meinung ist gefragt! BM-Redakteur Sebastian Radermacher ist heute, Dienstag, 14 bis 16 Uhr, am „Heißen Draht“ der Redaktion für Sie erreichbar (Tel. 02196 720114). Alternativ können Sie auch eine E-Mail schicken an: redaktion.wermelskirchen@bergische-morgenpost.de

lerdings ab, „da der Entwurf dann mit dem Makel der politischen Voreingenommenheit zu kämpfen hätte“. Eine politisch neutrale Person solle zu einem Termin einladen, bei dem dann jeder Interessierte seine Ideen einbringen könne.

Eine Rückmeldung der Stadtverwaltung oder der anderen Fraktionen hat Rehse noch nicht erhalten. Auf BM-Nachfrage gab es im Rathaus gestern keine Auskunft, ob die Stadt den Vorschlag als sinnvoll erachtet oder von vornherein ablehnt.

WNK UWG: CDU beginnt den Wahlkampf

REAKTION Verkehrsplanung Innenstadt – Fragebogen, um Bürgerwillen zu ergründen.

W6 A
23.10.14

Für den WNK-UWG-Fraktionsvorsitzenden Henning Rehse lautet die CDU mit ihrem Vorstoß in Sachen Verkehrsentwicklungsplanung für die Innenstadt bereits den Bürgermeisterwahlkampf 2015 ein.

Er reagiert damit auf die Überlegungen der Christdemokraten, die die Ausarbeitung eines Fragebogens zur innerstädtischen Verkehrssituation als weiteren Zeitverlust wertet (gestrige WGA-Ausgabe).

Vielmehr soll die Zeit nach Auffassung der CDU für die Ausarbeitung eines schlüssigen Konzeptes mit entsprechenden Gestaltungsvorschlägen genutzt werden.

Rehse kritisiert diese Ablehnung eines Fragebogens. Die CDU möge einmal darlegen, wie sie die Belange der Bürger berücksichtigen und einbringen wolle, wenn sie diese in größerer Zahl überhaupt nicht kenne, argumentiert der WNK-UWG-

Fraktionschef. Weiter möge die CDU darlegen, worin die unüberwindlichen Hindernisse bestehen, die verkehrspolitischen Sprecher der Ratsfraktionen kurzfristig für einen, maximal zwei Termine an einen Tisch zu bekommen, fragt Henning Rehse weiter.

Brachfläche Rhombus wird nicht berücksichtigt

Er wertet die Überlegungen der CDU als Nichtwollen. Zu groß sei

offenbar die Gefahr, dass die Bürger etwas anders wollen als die CDU. Verräterisch sei außerdem, so Henning Rehse weiter, dass die CDU den Lebensmittelvollsortimenter auf dem Loches-Platz jetzt bereits berücksichtigen wolle und das Rhombus-Gelände als Brachfläche liegen lasse, obwohl sie die Fortschreibung des Gutachtens zum Wermelskirchener Einzelhandel überhaupt noch nicht kenne.

ma

Rehse: CDU beginnt bereits den Bürgermeisterwahlkampf

BH
23.10.2014

WERMELSKIRCHEN (ser) Die Diskussion über die Verkehrssituation in der Innenstadt spitzt sich zu. Die WNKUWG setzt sich weiter dafür ein, die Meinungen der Bürger in die Planungen einzubeziehen. Sie kritisiert die CDU, die betont hatte, die Anregungen der Menschen aufzunehmen, sich aber gegen die Erstellung eines Fragebogens für Autofahrer und Fußgänger ausgesprochen hatte (BM berichtete). „Die CDU möge einmal darlegen, wie sie die Belange der Bürger berücksichtigen und einbringen will, wenn sie diese in größerer Zahl überhaupt nicht kennt“, meint Henning Rehse, Vorsitzender der WNKUWG-Fraktion. Er frage sich, ob die CDU nur die Meinungen der Bürger berücksichtige, „die sich in ‚Ge(h)sprächen‘ an die CDU wenden oder nur die Meinungen, die ohnehin bei der CDU vorherrschen?“

Er könne nicht nachvollziehen, worin die Hindernisse bestehen, die verkehrspolitischen Sprecher der



„Das hört sich nicht nach Nichtkönnen, sondern nach Nichtwollen an“

Henning Rehse
WNKUWG

Fraktionen kurzfristig für einen oder zwei Termine an einen Tisch zu bekommen. Rehse: „Das hört sich nicht nach Nichtkönnen, sondern nach Nichtwollen an. Zu groß ist offenbar die Gefahr, dass die Bürger etwas anders wollen als die CDU.“ Rehse wundert sich zudem, dass die

CDU den Lebensmittelvollsortimenter auf dem Loches-Platz bereits jetzt berücksichtigen wolle und das Rhombus-Gelände als Brachfläche liegenlasse, „obwohl sie die Fortschreibung des Gutachtens zum Einzelhandel überhaupt noch nicht kennt“. „Das Antragen des Themas an Bürgermeister Eric Weik ist nur ein plumper und untauglicher Versuch, den Bürgermeisterwahlkampf 2015 irgendwie jetzt schon zu beginnen“, meint er.

BM-Leserin Gisela Technau wundert sich am „Heißen Draht“ der Redaktion, dass Wermelskirchen, trotz idealer Gegebenheiten, eine der wenigen Kleinstädte ist, die noch keine Fußgängerzone haben. „Es müsste doch möglich sein, die Telegrafstraße zu einer Fußgängerzone und somit zu einem beliebten Einkaufszentrum zu machen“, meint sie. Der Brückenweg sei ausgebaut und werde kaum genutzt. „Wenige Städte haben so eine ideale Parallelstraße“, findet die BM-Leserin.

Rathaus soll Zustimmung verweigern

WG 1

WNK UWG Mittellinie auf der K 18 gibt Orientierung. 25.10.

Die Stadt Wermelskirchen soll die Zustimmung zum Verzicht auf die Mittellinie auf der Kreisstraße 18 zwischen Dabringhausen und Bundesstraße 51 dem Rheinisch-Bergischen Kreis vorerst verweigern bzw. zurückzunehmen, fordert die WNK-UWG-Fraktion.

Sie verweist dabei auf das Versprechen der Stadtverwaltung in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr vom 8. September. Damals sei zugesichert worden, den Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen über den Sachstand zu informieren. Diese Zusicherung werde nach Auffassung der Fraktion nun angesichts der Absage der ursprünglich für Montag geplanten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung ad absurdum geführt, teilt Stadtverordneter Dirk Wartmann mit.

Neue Richtlinie sieht den Verzicht der Mittellinie vor

Auf der K 18 will der Kreis die neue Richtlinie für die Anlage von Landstraßen umsetzen. Diese sieht keine Mittellinie für Nahbereichsstraßen wie die K 18 vor. Statt dessen erhalten Kreisstraßen künftig an jeder Seite Begrenzungslinien im Abstand von 50 Zentimetern zum Fahrbahnrand. In der September-Sitzung habe Ausschussvorsitzender Bernhard Schulte (SPD) das Fehlen der Markierungen als sehr gewöhnungsbedürftig bezeichnet.

Auch die WNK-UWG-Fraktion sieht den Verzicht auf Mittelstreifen kritisch, da den Kraftfahrern die Orientierung an der Mittellinie genommen werde. Außerdem stelle die bislang größtenteils sogar durchgezogene Mittellinie auf der kurvenreichen K 18 ein Überholverbot dar. ma

Stadt sagt Ausschuss am Montag ab

Der Verwaltungsvorstand hat die für Montag, 27. Oktober, vorgesehene Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr „aufgrund der geringen Zahl der Tagesordnungspunkte“ abgesagt. Die WNK-UWG-Fraktion reagiert mit Unverständnis u.a. vor dem Hintergrund der dringend erforderlichen Beteiligung vor dem Umbau der Einmündungen auf die L 101 in Dabringhausen. red WG 1 25.10.14

WNK UWG: Tempo 30 im Wohngebiet

WG 1 28.10.

ANFRAGE Fraktion regt Begrenzung im Bereich Friedrichstraße an.

Die WNK-UWG-Fraktion beantragt, das Friedrichstraßen-Quartier flächendeckend zur Zone 30 km/h zu machen. Fast alle Straßen, die durch Wohngebiete führen bzw. diese erschließen, seien Teile von Tempo-30-Zonen.

Im Wohngebiet Friedrich-, Karolinen-, Viktoriastraße gelte hingegen Tempo 50 km/h. Fraktionsvorsitzender Henning Rehse fragt daher, ob dies nur ein Versehen ist, oder ob es dafür Gründe gibt? Falls nicht, regt er an, hier ebenfalls eine Tempo-30-Zone einzurichten.

Der Parkdruck in dem Wohngebiet habe zugenommen, so dass zeitweise alle Stellflächen besetzt seien und die Situation unübersichtlich sei; zudem würden die Straßen als Schleichweg zum und – widerrechtlich – auch von Toom und Obi genutzt. Insofern sei die Einrichtung einer Tempo-30-Zone hier aus mehreren Gründen angebracht. s.n.

Zustimmung für den neuen „Verkehrsentwicklungsplan“

SH 19.10.

WERMELSKIRCHEN (ser) Die Fraktion der WNKUWG unterstützt ausdrücklich die von Bürgermeister Eric Weik vorgestellte Vorgehensweise zur „Verkehrsentwicklungsplanung“. Für die Fraktion ist wichtig, dass sich so möglichst viele Bürger mit ihrer Meinung einbringen können, teilt Fraktionsvorsitzender Henning Rehse mit. „Planungen und Korrekturen dürfen nicht an den Bürgern vorbei vorgenommen werden“, fordert er und ergänzt: „Es sollten alle Wege beschritten werden, die Umfrage auf eine möglichst breite Basis zu stellen: Dazu gehören Fragebogen, traditionelle Bürgerversammlungen wie auch Internet gestützte Beteiligungswege.“

Mit der geschilderten Vorgehensweise werde dem Ansinnen der WNKUWG zu 100 Prozent entspro-

chen. Rehse regt zudem an, bestimmte Berufsgruppen wie zum Beispiel die, die eine besondere Beziehung zu Verkehrsfragen in Wermelskirchen haben, gezielt auf dieses Thema anzusprechen. Als Beispiel nennt Rehse die Taxifahrer.

Unterdessen fordert die Wählergemeinschaft die Stadt als Straßenverkehrsbehörde auf, ihre Zustimmung für die neue Fahrbahnmarkierung auf der Kreisstraße 18 zwischen Dabringhausen und Hilgen (ohne Mittelstreifen) dem Rheinisch-Bergischen Kreis vorerst zu verweigern, beziehungsweise darauf zu bestehen, dass in der ursprünglichen Form markiert werde. Zumindest so lange, bis sich der zuständige Fachausschuss – wie mit der Verwaltung vereinbart – wieder mit dem Thema beschäftigt hat.

... Klaus Hake ^{WEA} 29.10

Der Einzelhändler in Ruhestand und langjährige Kommunalpolitiker (79) zieht sich seit vier bis fünf Jahren kontinuierlich aus der Öffentlichkeit zurück.

Begonnen hat Klaus Hake als Handelsvertreter für ein pharmazeutisches Unternehmen. 1957 hat er sich selbstständig gemacht und 1962 mit Gattin Christel – einer Drogistin – am Markt von Hoeher die Drogerie übernommen. Das florierte lange Zeit; die erste Filiale entstand in Dabringhausen an der Südstraße, die zweite später in Reinshagen (Remscheid), und alles war wunderbar, bis die Discounter und Ketten das Heft in die Hand nahmen und „Einzel-Handel“ gewissermaßen ausschalteten.

Hakes erlebten eine „fantastische Zeit“ im Kiosk des Freibads Dhünn, wo „wir gut mit der Jugend zurecht gekommen sind“, wie Klaus Hake zurückblickt. Und dann folgt noch ein wiederum neuer Schritt: Christel und Klaus Hake übernahmen Zapfhahn und Küche der Gaststätte „Centrale“. Hierher ging er mindestens einmal in der Woche zur Probe mit dem Männerchor 1844. Das ist ihm bis heute sein schönstes Hobby; und sollte die Stimme eines Tages nicht mehr kräftig genug sein, dann will er dem



MC doch noch als passives Mitglied erhalten bleiben; das hat er sich fest vorgenommen. Mehr als 25 Jahre war Klaus Hake Mitglied der CDU und für die auch Stadtverordneter und Mitglied in diversen Ausschüssen. Am Tag X wurde er quasi Gründungsmitglied der WNK, und immer dann, wenn er sich erinnert, wie der Rauschmiss aus der CDU war, hat er kein schlechtes Gewissen mehr...

Seit vier, fünf Jahren jagt der langjährige und passionierte Waidmann nicht mehr. Viele Jahre hatte er ein Jagdrevier an der Sieg bei Eitorf; Fahrerei und steigende Spritpreise verdrängen das irgendwann. Ehe er aus Gründen der Vernunft die Waffe verkauft und den Waffenschein abgegeben hat, teilte sich Hake mit einem anderen Jäger das Buchholzer Revier.